



Gemeinsam für starke Gemeinden

Referat von Hannes Germann, Ständerat, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, anlässlich der Generalversammlung vom 22. Juni 2011 in Bern

Es gilt das gesprochene Wort

Unsere diesjährige Generalversammlung steht im Zeichen der Zukunft der Gemeinden und des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Unter dem Motto «Gemeinsam für starke Gemeinden» hat sich der Verband in letzter Zeit mit der Vielfalt und Stärke der Gemeinden sowie mit der Rolle des Schweizerischen Gemeindeverbandes auseinandergesetzt.

Ich möchte denn auch mit der Vielfalt und der Stärke der Gemeinden beginnen: Mit 2551 Gemeinden – Corippo im Tessin, die kleinste Gemeinde mit 15 Einwohnerinnen und Einwohnern; die Stadt Zürich, die grösste Gemeinde mit 386 886 Einwohnerinnen und Einwohnern – ist die Schweizer Gemeindelandschaft tatsächlich vielfältig. So vielfältig ist auch die politische Organisation der Gemeinden, die massgeblich auf dem Milizgedanken beruht. Sie funktioniert dank den Personen, die am Wohnort bereit sind, öffentliche Ämter und Aufgaben zu übernehmen. In kleineren und mittleren Gemeinden werden politische Ämter vorwiegend im Ehrenamt ausgeübt. In grösseren Gemeinden und Städten sind die Exekutivämter bezahlte Mandate. Aber auch dort wird ein erheblicher Teil der politischen Tätigkeit im Ehrenamt ausgeübt wie z. B. in Parlamenten und Kommissionen. Dieses freiwillige Engagement wird jeweils bei Wahlen und Abstimmungen, bei Diskussionen über Ortsplanungen, Schulmodelle, Kinderkrippen oder Tempolimiten sichtbar. Im Unterschied zu Gemeinden in anderen Ländern, die reine Vollzugsorgane der übergeordneten Staatsebene sind, verfügen die Schweizer Gemeinden ungeachtet ihrer Grösse über eine bestimmte Autonomie und vielfältige Zuständigkeiten. Diese Freiräume sind sinnvoll, wenn sie ausgefüllt und wahrgenommen werden. Ein solches System ist aber personalintensiv. Natürlich ist auf Gemeindeebene ein politisches System mit Berufspolitikerinnen und -politikern denkbar. Aber es ist ein teures System. Der Preis dafür ist auch eine grössere Distanz der Einwohnerinnen und Einwohner zu den politischen Entscheiden in der Gemeinde, weniger direkte Demokratie, politische Rechte und Selbstbestimmung. Solange sich Menschen am Wohnort engagieren, sei es für das politische oder gesellschaftliche Gemeinwohl, funktioniert die Institution Gemeinde in ihrer vielfältigen Ausgestaltung recht gut. Das zeigt sich z. B. am gesellschaftlichen Zusammenhalt, an der Identität der Einwohnerschaft mit dem Gemeindewesen sowie am Ausmass des sozialen Friedens und Wohlergehens der Gesellschaft. Dies wiederum trägt zur Attraktivität und Innovation der einzelnen Gemeinde bei und fördert zugleich einen gewissen Wettbewerb unter den Gemeinden. **Es braucht Mut, eine so vielfältige Gemeindelandschaft zuzulassen. Die Vielfalt ist aber auch diejenige Qualität, welche die Stärke der Gemeinden ausmacht.**

Dieser Mut droht uns hin und wieder abhanden zu kommen. Wenn grössere Probleme auftauchen, ist der Ruf nach einer kantonalen oder Bundeslösung nicht zu überhören. Und die in diesem Zusammenhang von übergeordneten Stellen oft diagnostizierte personelle und finanzielle Überforderung der Gemeinden macht es den Gemeinden nicht leicht, die Zuständigkeit und die Verantwortung zu behalten. Zweifellos gibt es einen gewissen Reform- und Anpassungsbedarf bei den Gemeinden. Diesen haben sie längst erkannt.

In den letzten Jahren sind vielfältige Formen der Zusammenarbeit entstanden, zahlreiche Gemeinden haben fusioniert und die Verwaltung professionalisiert. Seit der Gründung des modernen Bundesstaates sind in der Schweiz über 700 Gemeinden verschwunden, während auf übergeordneten Staatsebenen ein neuer Kanton und Dutzende von Bundesämtern entstanden sind. Man kann sich fragen, ob es sinnvoll und nachhaltig ist, wenn das, was an einem Ort abgebaut wurde, an einem anderen Ort wieder aufgebaut wird. Die Diskussion über Reformen und deren Umsetzung sollte deshalb in Zukunft nicht einzig auf das Thema Gemeindefusionen fokussieren, sondern auf allen Ebenen geführt und gelebt werden. Denn solche Prozesse sind für die Gemeinwesen zugleich Chancen, um Strukturen und Steuerungsmodelle kritisch zu überprüfen und anzupassen. **Es ist nämlich die Anpassungsfähigkeit auf der kommunalen Ebene, die zur Stärke der Gemeinden beiträgt.**

Die Anforderungen an die Gemeinden sind in den letzten Jahren gestiegen. Die Ansprüche der Einwohnerinnen und Einwohner sind grösser geworden. Es wird zunehmend schwieriger, Personen für Ehrenämter zu finden. Ausserdem übertragen der Bund und die Kantone zunehmend neue Aufgaben auf die Gemeinden. Gleichzeitig schrumpft der finanzielle Handlungsspielraum auf allen politischen Ebenen. Auf der anderen Seite sehen sich Gemeinden zeitgleich mit neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen konfrontiert, die gemeistert werden müssen. Denken wir an die demographische Entwicklung mit den Herausforderungen auf dem Gebiet der Gesundheit und der sozialen Sicherheit. Oder an unsere Kinder, die ins Erwerbsleben kommen; sie müssen vielleicht gleichzeitig Berufs- und Familienleben sowie die Pflege der Eltern unter einen Hut bringen, weil Pflegenotstand besteht. Hinzu kommt, dass es zunehmend schwieriger sein wird, geeignete Mitglieder für die Kommunalbehörden zu rekrutieren. Die Gemeinden müssen entscheiden, ob sie diesen schnell voranschreitenden Veränderungen und Herausforderungen aus eigener Kraft begegnen wollen oder ob sie die Aufgaben den Kantonen und dem Bund zur Erfüllung überlassen wollen. Würde die Institution Gemeinde dann aber noch Sinn machen? Und sind wir bereit, unsere politische Kultur für mehr Kantons- und Bundeslösungen zu opfern? Herausforderungen manifestieren sich nämlich zuerst lokal in der Gemeinde. Die Gemeinde ist auch erste Anlaufstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Und das föderalistische System bietet den Gemeinden den notwendigen Gestaltungsspielraum, um Strukturveränderungen und Prozesse schnell voranzutreiben, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Es gibt immer Pioniergemeinden, die solche Entwicklungen vorausschauend beobachten und frühzeitig entsprechende Strategien und Massnahmen einleiten. Sie haben Vorbildfunktion für andere Gemeinden, die nachziehen. Es ist aber auch notwendig, dass Gemeinden zusammen mit Bund und Kantonen immer wieder die entsprechenden Rahmenbedingungen aushandeln, ohne diese Aufgaben aus der Hand zu geben. **Es ist schliesslich dieses gemeinsame Zusammenwirken, das die Vielfalt in der Einheit garantiert und das föderalistische System als Erfolgsmodell auch für andere Länder attraktiv macht.**

Um auf Augenhöhe mit den Kantonen und dem Bund verhandeln zu können, müssen die Gemeinden lernen, wenn möglich mit einer Stimme zu sprechen. Die alte Weisheit «Gemeinsam sind wir stark» gilt insbesondere in Bezug auf die Einflussnahme auf Bundesebene. Die Gemeinden stehen nämlich in Konkurrenz mit vielen anderen Gruppierungen und Organisationen, die ebenfalls ihre Anliegen in die Bundespolitik einbringen wollen. Dieser Umstand hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Professionalisierung solcher Organisationen stark zugenommen hat. Diese Entwicklung zwingt die Gemeinden, sich optimal zu organisieren. **Für die Bündelung und Durchsetzung kommunaler Interessen auf Bundesebene ist deshalb die Ausstattung des Schweizerischen Gemeindeverbandes mit den dafür nötigen finanziellen und personellen Ressourcen eine absolute Notwendigkeit.**

Die Vertretung der Gemeindeinteressen bedeutet nicht nur, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens gegen die zunehmende Gesetzeslast oder Kostenabwälzungen vom Bund zu den Kantonen und Gemeinden zu wehren. Noch wichtiger ist die Mitwirkung bei Vorarbeiten zu den Gesetzesvorlagen oder bestimmten Projekten der Bundesverwaltung. Je früher die Mitwirkung erfolgt, desto grösser ist die Möglichkeit zur Mitgestaltung der Politik. Die Gemeinden müssen sich aktiv in die Politik einbringen, beispielsweise gemeinsame Ideen und Positionen erarbeiten und über die Kommunalverbände auf Bundesebene einbringen. Bereits heute arbeitet der Schweizerische Gemeindeverband in verschiedenen Gremien auf Bundesebene mit, wo Lösungswege für anstehende Probleme entwickelt werden, wie z. B. im Rahmen des Projekts Raumkonzept Schweiz, des Nationalen Dialogs Sozialpolitik oder der tripartiten Agglomerationskonferenz. In diesen Gremien sitzen Vertreter von Bund und Kantonen mit Vertretern der Kommunalverbände an einem Tisch, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. In diesen tripartiten Gremien haben die Gemeinden die Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber dem Bund direkt und selbstständig zu vertreten. In vielen anderen Gremien werden die Anliegen der Gemeinden gegenüber dem Bund von den Kantonen vertreten, obwohl nicht immer von einer Interessenidentität ausgegangen werden kann. **Es ist vor allem diese gemeinsame Gestaltung der Politik von Bund, Kantonen und Gemeinden, die den Gemeinden die notwendige Zielrichtung, die entsprechenden politischen und finanziellen Rahmenbedingungen, den erforderlichen Gestaltungsspielraum und somit ihre Stärke garantieren.**

Nach dem Motto «Gemeinsam sind wir stark» will der Schweizerische Gemeindeverband sich für die Zukunft besser organisieren und sich als starken Partner für die Gemeindeinteressen auf Bundesebene einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.